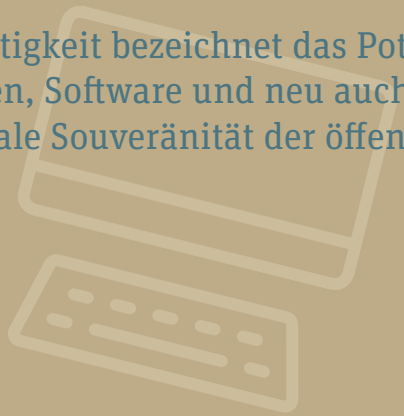


# Digitale Nachhaltigkeit und digitale Souveränität «Open» ist das neue «Nachhaltig»: Mit digitalen öffentlichen Gütern mehr digitale Souveränität schaffen

Digitale Nachhaltigkeit bezeichnet das Potenzial von digitalem Wissen in Form von offenen Daten, Software und neu auch KI-Modellen. Diese «Digital Public Goods» fördern die digitale Souveränität der öffentlichen Hand.



Das Konzept der digitalen Nachhaltigkeit beschreibt die Voraussetzungen von Daten, Software, Texten, Bildern und neuerdings auch Modellen der künstlichen Intelligenz (KI), damit sie einen möglichst hohen Nutzen für die heutige Gesellschaft sowie für künftige Generationen schaffen. So müssen beispielsweise die technischen Details (Standards, Quellcode, Parameter, Trainingsdaten etc.) vollständig transparent veröffentlicht werden. Und eine offene Lizenz (Open Source, Creative Commons) muss die uneingeschränkte Verwendung, Veränderung und Verbreitung der digitalen Güter ermöglichen. Ähnliche Kriterien umfasst auch die Definition von sogenannten «Digital Public Goods». Die von den Vereinten Nationen gegründete «Digital Public Goods Alliance» baut dabei ein Verzeichnis auf, in dem Open Source Projekte, Open Data Initiativen und andere Civic Tech Communities ihre digitalen Güter eintragen lassen können, die einen Beitrag zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen leisten.

## **EMBAG als Gesetz für digitale Nachhaltigkeit bei Behörden**

Mit dem neuen «Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben» (EMBAG) tritt ab 2024 eine Regelung in Kraft, die eine Art gesetzliche Grundlage für digitale Nachhaltigkeit darstellt. Gemäss Artikel 9 müssen alle Bundesämter künftig ihre Software unter einer Open Source Lizenz veröffentlichen, ausser die Software gehört nicht dem Bund oder sicherheitsrelevante Gründe sprechen dagegen. Und in Artikel 10 wird dieselbe Art der Freigabe von Daten als «Open Government Data» (S. 36) vorgeschrieben. Damit wird in den nächsten Jahren eine grosse Anzahl Open-Source-Lösungen und freie Datensammlungen entstehen, die durch die Wirtschaft, Forschung, NGOs, Medien und die interessierte Bevölkerung wiederverwendet werden kann. Andere Länder haben zwar noch keine solche Gesetze, aber dafür sind beispielsweise in Deutschland auf [opencode.de](https://opencode.de) und in Frankreich auf [code.gouv.fr](https://code.gouv.fr) schon viele Open-Source-Anwendungen für Behörden veröffentlicht.

## Digitale Nachhaltigkeit fördert die digitale Souveränität

Auch in Deutschland wurde 2022 das «Zentrum Digitale Souveränität» (ZenDiS) gegründet mit dem Ziel, die Unabhängigkeit der deutschen Behördeninformatik zu fördern. Bekanntermaßen besteht heute weltweit eine grosse Abhängigkeit von Technologieanbietern mit ihren benutzerfreundlichen, aber typischerweise proprietären Lösungen. Solche Systeme, die heute mehrheitlich in der Cloud (Rechenzentren) betrieben werden, bergen Risiken durch Kontrollverlust und Verletzung des Datenschutzes. Dem entgegenwirken will der Ansatz der digitalen Souveränität: Durch offene Standards und professionell gewartete Open-Source-Lösungen können Behörden wieder mehr Kompetenz und Flexibilität in der Informatik gewinnen. Dass digitale Souveränität ein wichtiger Aspekt der künftigen Bundesinformatik ist, fordert auch die Politik: So hat der Ständerat beschlossen, dass der Bundesrat eine «Strategie Digitale Souveränität der Schweiz» erarbeiten soll.

### Unsere Empfehlungen



#### 1. Verständnis schaffen

Mitarbeitende, die mit Daten und Software arbeiten, sollten über digitale Nachhaltigkeit und digitale Souveränität Bescheid wissen.

#### 2. Software und Daten freigeben

Bundesstellen müssen (und alle anderen sollten) sich mit der Freigabe von Software und Daten befassen und diesbezüglich Vorgaben ausarbeiten.

#### 3. Öffentliche digitale Güter nutzen

Daten (bspw. [opendata.swiss](https://opendata.swiss)), Software (bspw. [github.com](https://github.com)) und KI-Modelle (bspw. [huggingface.co](https://huggingface.co)) können wiederverwendet werden.

### Mehr Informationen



Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen zu digitaler Nachhaltigkeit und digitaler Souveränität:

[bfh.ch/ipst/digitale-souveraenitaet](https://bfh.ch/ipst/digitale-souveraenitaet)

## Kontakt



**Prof. Dr. Matthias Stürmer**  
Institutsleiter

[matthias.stuermer@bfh.ch](mailto:matthias.stuermer@bfh.ch)  
T +41 31 848 41 68



**Kristelle Plüss**  
Wissenschaftliche Assistentin

[kristelle.pluess@bfh.ch](mailto:kristelle.pluess@bfh.ch)  
T +41 31 848 53 56